

DE

E-000331/2014

Antwort von Frau Malmström
im Namen der Kommission
(7.3.2014)

Betrifft: EUROSUR

Das Überwachungsnetzwerk EUROSUR schaltet bereits vorhandene Überwachungskapazitäten der EU-Mitgliedstaaten zusammen; die EU-Grenzagentur FRONTEX in Warschau dient als Hauptquartier. EUROSUR vernetzt die Strukturen der seeseitigen Grenzüberwachungssysteme „Baltic Sea Region Border Control Cooperation“ (BSRBCC), „Black Sea Littoral States Border/Coast Guard Cooperation Forum“ (BSCF), „Seahorse Atlantic Projekt“ und das zukünftige „Seahorse Mediterraneo Projekt“ im Mittelmeer, an dem auch Libyen teilnehmen soll.

1. Über welche „Koordinierungszentren“ sind welche nationalen Behörden an den seeseitigen Grenzüberwachungssystemen BSRBCC, BSCF, „Seahorse Atlantic“ und dem im Aufbau befindlichen „Seahorse Mediterraneo“ vernetzt?

Die regionalen Koordinierungszentren (RKZ) für das BSCF und das SEAHORSE-Netzwerk Atlantik sind an das bulgarische bzw. das spanische nationale Koordinierungszentrum (NKZ) angebunden. Die RKZ für das SEAHORSE-Netzwerk Mittelmeer werden ab 2015 im italienischen NKZ eingerichtet. Im Fall des Projekts BSRBCC muss noch entschieden werden, welcher Mitgliedstaat dafür verantwortlich sein wird.

2. Welche zivilen und militärischen Informationen werden in den Netzwerken erhoben, verarbeitet und weitergegeben?

Nach Kenntnis der Kommission werden keine militärischen Informationen verarbeitet, und der Informationsaustausch beschränkt sich üblicherweise auf operative Informationen (z.B. Ausschreibungen).

3. Wie arbeitet FRONTEX mit den vier Netzwerken zusammen, und wie verändert sich dies mit dem Start von EUROSUR?

Frontex hat auf diese regionalen Netzwerke keinen Zugriff.

4. Inwieweit haben auch Mauretanien, Marokko, Senegal, Gambia, Guinea Bissau und die Kap Verden „Koordinierungszentren“ oder vergleichbare Einrichtungen zur Teilnahme an „Seahorse Atlantic“ geschaffen bzw. sind derzeit damit befasst, und in welcher Höhe wurden EU-Mittel für die Technik eingesetzt?

Die afrikanischen Länder haben sehr einfache Zentren errichtet. 1.838.000 EUR wurden für das Netzwerk selbst ausgegeben und 1.373.000 EUR für die Zentren – das sind insgesamt 3.211.000 EUR (80% von der EU finanziert und 20 % von Spanien).

5. Wird durch einzelne Mitgliedstaaten oder die Kommission die Integration von „Koordinierungszentren“ oder vergleichbaren Einrichtungen in Libyen in EUROSUR oder „Seahorse Mediterraneo“ geplant? Existieren bereits Zentren in Benghazi und Tripolis, die an italienische Einrichtungen angebunden werden sollen?

Die Einbindung von Drittländern in EUROSUR ist nicht möglich. Es wurden keine Zentren in Libyen errichtet.

6. Inwieweit sind „Koordinierungszentren“ oder vergleichbare Einrichtungen in Algerien, Tunesien und Ägypten und deren Integration in EUROSUR oder „Seahorse Mediterraneo“ anvisiert?

Algerien, Tunesien und Ägypten beabsichtigen zurzeit nicht, am SEAHORSE-Netzwerk Mittelmeer

teilzunehmen.

7. Was ist der Kommission über Projekte Italiens und Libyens hinsichtlich des Verkaufs von Sensortechnik (etwa zur Fertigstellung einer „elektronischen Grenzüberwachung“, *Libya Herald*, 3. November 2013) bekannt, und inwiefern soll diese in EUROSUR, „Seahorse Mediterraneo“ oder EUBAM Libyen integriert werden?

Der Kommission liegen keine zusätzlichen Informationen über die im *Libya Herald* erwähnten Pläne vor.

8. Welche Konsequenzen zieht die Kommission hinsichtlich ihrer weiteren Unterstützung Libyens im Bereich des Sicherheitssektors (SSR) zur Ausbildung von Polizei und Militär aus der Tatsache, dass das Asyl-Projekt SAHARAMED nicht weitergeführt werden kann, da die libysche Regierung die Zusammenarbeit mit dem italienischen Flüchtlingsrat CIR verweigert?

SAHARA MED ist ein Entwicklungsprogramm, das aus verschiedenen Komponenten besteht, die unter anderem zur Identifizierung von Migranten und Personen dienen, die internationalen Schutz benötigen. Trotz der Schwierigkeiten in Bezug auf das Mandat des CIR wird das Projekt in Libyen weiterhin umgesetzt. Die Kommission ist bemüht, in enger Zusammenarbeit mit dem italienischen Innenministerium eine tragfähige Lösung mit den libyschen Behörden zu finden, damit die Ziele des Programms erreicht werden können.